

Demo gegen Fracking, Kassel 05.10.2012

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es ist erfreulich das sich so viele auf den Weg gemacht haben, die sich Sorgen um ihr Trinkwasser machen. Das ist bei dieser „Unkonventionellen Gasförderung“ der größte Gefahrenpunkt. Natürlich haben wir in Deutschland nur wenige Rohstoffe, so dass wir auf Importe angewiesen sind. Es wäre wünschenswert, diese missliche Lage durch ein eigenes großes Erdgasvorkommen im Energiebereich zu verbessern. Doch gibt es hierbei einige Kritikpunkte, da diese Methode einiges Gefährdungspotential beinhaltet.

Der regionale Wasserversorger aus meiner alten Heimat, Gelsenwasser (versorgt ca. 2,7 Millionen Bürger), wehrt sich gegen die bisher neun aus- und inländischen interessierten Förderfirmen. Der Gründe dafür:

Pro Bohrloch werden ca. 50 Tonnen giftige Lösungsmittel/Chemikalien in die Gesteinsschichten gepresst.

Auf einen Hektar (d. h. 10.000m<sup>2</sup> = 100x100m) kommen dabei 20 Bohrungen, was dann einen Chemikalieneintrag von 1.000 Tonnen bedeutet. Wohlgermerkt auf jeden Hektar erfolgt dieser Chemikalieneintrag.

Um nun bei dieser Methode das in Gesteinsschichten gespeicherte Erdgas fördern zu können, werden unter hohem Druck das Gemisch aus Sand, Wasser und den Chemikalien hineingepresst. Dadurch werden die Poren und Schichtungen des Gesteins aufgesprengt und das gelöste Gas wird über eine Leitung aus dem Boden herausgeholt. Damit bleibt uns dann noch ein weiteres Problem. Was geschieht mit dem Areal nach der Förderung? Wer die Bergbauschäden im Ruhrgebiet kennt, der weiß was mit den Flächen passieren kann. Da die ehemals vorhandenen Bodenschichtungen aufgesprengt wurden, gibt es keinen Halt mehr. Entsprechende Bodenbewegungen können dementsprechend auftreten.

Es geht hierbei um ein Milliardengeschäft. Die großen Konzerne rennen den entsprechenden Stellen die Amtsstube ein. Da wird es schon schwierig für die politischen Verantwortlichen nicht schwach zu werden. Doch sehen viele Umweltexperten bis hin selbst zum Bundesumweltamt eine große Gefahr in dieser Förderungsmethode.

Ich bitte Sie hiermit, auf ihre Politiker, sei es in der Stadt, im Kreis oder Dorf, zuzugehen und Ihre Ablehnung dieser Methode deutlich zu machen. Es gibt zum Glück schon einige Bürgermeister, die sich zusammengetan haben und sich schriftlich gegen diese Erkundung und Förderung ausgesprochen haben. Belästigen Sie, in positivem Sinne, Ihre Abgeordneten, die im Land- wie im Bundestag sitzen. Bleiben sie wachsam und weiter auf dem Weg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.